

Antrag der Fraktion der CDU

Für die allgemeine Impfpflicht! – Eine Bundesratsinitiative des Landes Bremen zur Überwindung der Coronapandemie

Noch immer ist die Coronapandemie nicht überwunden. In diesen Tagen der sogenannten Vierten Welle steigt die Zahl der Neuinfektionen auf immer neue Rekordwerte, Kapazitäten der Intensivmedizin stoßen an ihre Belastungsgrenzen. Gleichzeitig stockt der Erfolg der Impfkampagne. Bundesweit sind aktuell etwa 68 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft. Auch wenn das Land Bremen dank einer hohen Impfbereitschaft der hier lebenden Menschen mit einer Impfquote von etwa 80 Prozent aufwartet, entbindet das den Senat in keiner Weise von weiteren Kraftanstrengungen im Kampf gegen die Pandemie. Im Gegenteil: Gerade von Bremen muss das Signal und die Initiative ausgehen, den solidarischen Weg mittels Impfschutz gegen das SARS-CoV2-Virus aufzuzeigen. Wir leben nicht auf einer Insel.

Es geht um den konsequenten Schutz aller Bürgerinnen und Bürger Deutschlands und um die Sicherung der Leistungsfähigkeit unserer Krankenhäuser. Dabei sind alle Patientinnen und Patienten mit ihren diversen Erkrankungen in den Blick zu nehmen; das immer wieder praktizierte Aufschieben von elektiven Eingriffen ist nicht länger hinnehmbar. Politik steht nicht nur landesweit, sondern bundesweit in der Verantwortung alles zu unternehmen, weitere künftig drohende Ansteckungen, Krankheitsverläufe und „Wellen“ der Pandemie zu brechen und dafür mittel- und langfristig geeignete Maßnahmen einzuleiten. Die erreichte Anzahl von Erst-, Zweit- und Auffrischungsimpfungen zuzüglich der Immunität von Genesenen sowie Schutzmaßnahmen im Sinne der AHA+AL-Regeln sind offensichtlich nicht ausreichend. Weitere „Lockdowns“ in Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft können wir uns nicht länger leisten. Die gesundheitlichen und sozialen Folgen sind gewichtig und heute noch nicht wirklich absehbar. In der Abwägung kann eine allgemeine Impfpflicht hier das mildere Mittel sein. Ihre Wirkung wird sie dabei erst für die nächste „Infektionswelle“ entfalten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zur Verhinderung weiterer pandemischer „Wellen“ entschlossen und geschlossen in den Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler und über eine Bundesratsinitiative die allgemeine Pflicht zur Impfung gegen das SARS-CoV2-Virus für volljährige Personen zu initiieren und auf den Weg zu bringen. Damit soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die rechtlichen Voraussetzungen für eine allgemeine Impfpflicht zu erarbeiten und dem Bundestag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen;
2. sich auf Bundesebene, beispielsweise bei der nächsten Zusammenkunft der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler, mit Nachdruck für die Umsetzung der Bund-Länder-Beschlüsse

vom 18. November 2021 einzusetzen und hier insbesondere für die Impfpflicht für alle in Krankenhäusern, in Einrichtungen der Eingliederungshilfe, in Alten- und Pflegeheimen beschäftigten und im Kontakt zu vulnerablen Gruppen stehenden Personen;

3. der Bremischen Bürgerschaft über das Ergebnis seiner Bemühungen zeitnah, bis spätestens März 2022 zu berichten.

Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU